

Südafrikas Vergangenheit, Menschenrechte und Reparationen

Von Yasmin Sooka

Direktorin der Stiftung für Menschenrechte, Mitglied der Wahrheits- und Versöhnungskommission, Mitglied des Patronatkomitees von Jubilee Südafrika

Eröffnungsrede gehalten am Seminar zu Reparationen am Institute for Social and Economic Research, University of Witwatersrand, Johannesburg 6. Juli 2004.

Am 21. März 2003 überreichte die Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) Präsident Thabo Mbeki ein Kodizill, einen letzten Zusatz, zum Abschlussbericht, am Tag der Menschenrechte also, der der Ereignisse in Sharpeville aus dem Jahre 1960 gedenkt, die einen entscheidenden Moment in der Geschichte Südafrikas darstellen.

Die Übergabe des Kodizills räumte für die Regierung das letzte Hindernis aus dem Weg, sich mit den Empfehlungen der Kommission bezüglich Entschädigungen auseinander zu setzen. Das Recht auf Reparationen ist sowohl im südafrikanischen wie im internationalen Recht verankert, wobei unser Verfassungsgericht im AZAPO-Fall entschieden hat, dass «Entschädigungen normalerweise vom Staat bezahlt werden, und es keinen Grund gibt zu bezweifeln, dass der Nachtrag in diesem Fall vorsieht, unser eigener Staat habe die nationale Verpflichtung dafür auf sich zu nehmen».

Eine Reparatur wird von der internationalen Gemeinschaft als Eingeständnis von Regierungen bezüglich gravierender Menschenrechtsverletzungen erachtet. Regierungen reagieren auf die Forderung nach Wiedergutmachung öfters mit dem Hinweis, dass sie ja Entwicklungsprogramme unterstützten, die den Opfern zugute kämen. Dagegen ist es wichtig zu betonen, dass solche Entwicklungshilfe dem Wohl und dem Nutzen aller Bürgerinnen und Bürger dienen soll und deshalb von Entschädigungen unterschieden werden muss, die Verbrechen ahnden wollen, ebenso wie die Geldstrafe «einen Staat davon abschrecken soll, künftig Verbrechen zu begehen». Der Abschreckungsaspekt ist also entscheidend.

Reparationen können Gerechtigkeit voranbringen, indem das Verbrechen neu definiert wird, und zwar mit Augenmerk auf die Opfer. Reparationen zielen auch darauf ab, die

Würde der Opfer, ihrer Familien und der ganzen Gemeinschaft wieder herzustellen. Reparationen unterstützen also ein Rechtsverständnis, das auf Rechenschaftspflicht zielt.

Nun ist es natürlich unglaublich, dass die neue Regierung in Südafrika die Verantwortung für die Verbrechen des früheren Staates übernehmen soll. Doch Wiedergutmachung ist kein neues Rechtskonzept; 1990 wurde nach dem Golfkrieg die Entschädigungskommission der UNO eingesetzt, um Milliarden von US-Dollar Entschädigungen an die Opfer auszuzahlen. In Chile betrug die jährlichen Kosten des Entschädigungsprogramms auf dessen Höhepunkt, als noch die meisten Opfer der Pinochet-Diktatur lebten, 16 Millionen US-Dollar. Diese Entschädigungen schlossen dabei eine Pension an die Opfer, ärztliche Betreuung der Opfer und ihrer Familien, ferner Zuschüsse für die Weiterbildung sowie Erlass der Steuern und der Militärpflicht ein.

Die Ausrichtung von Entschädigungen an Opfer bedeutet, dass der Staat die Verbrechen anerkennt, und sie soll sowohl den Staat wie Private vom Preis überzeugen, der für gravierende Menschenrechtsverletzungen zu zahlen ist. Mit Abschreckung soll erreicht werden, dass Regierungen sich an internationale Menschenrechte und humanitäre Gesetze halten.

Die TRC beschäftigte sich in ihrem Bericht auch mit der Frage, wie verschiedene Sektoren der Gesellschaft die Apartheid-Regierung unterstützt und ihr geholfen hatten. Die Kommission zeigte sich besorgt über die Gedächtnisschwäche der südafrikanischen Wirtschaft in Bezug auf ihre Rolle während der Apartheid und nahm deshalb im zweiten Bericht eine härtere Position ein. Sie zeigte, dass die Wirtschaft neun Jahre nach dem Ende der Apartheid ihre frühere Funktion noch immer leugnete, und zwar leugnete sie nicht nur, dass sie die Politik der Apartheid-Regierung unterstützt, sondern auch, dass sie von den Apartheid-Gesetzen und von der Zusammenarbeit mit der Apartheid-Regierung profitiert hatte.

Man kann die TRC dafür kritisieren, dass sie nicht früher auf diesen Sachverhalt hingewiesen hat. Die Zerstörung des Familienlebens und des Sozialsystems hat in Südafrika ein bitteres Erbe hinterlassen, das noch nicht beseitigt ist. Die nach Geschlechtern getrennten Unterkünfte, die Ausbeutung der schwarzen Migrationsarbeiter,

die brutalen Umsiedlungen haben dem südafrikanischen Wirtschafts- und Sozialleben Wunden zugefügt, die das Land noch heute belasten. Die Wirtschaft muss sich selbstkritisch fragen, welche Rolle sie dabei spielte.

Die Kommission hat spezifische Empfehlungen formuliert, welche Verantwortung die Wirtschaft denen gegenüber hat, «die unter den Auswirkungen der Diskriminierungen durch die Apartheid litten». Die Kommission wollte, dass die Wirtschaft in den Prozess der Entschädigungen aller Südafrikanerinnen und Südafrikaner, die in ihrer Entwicklung durch das Apartheid-System gehemmt wurden, einbezogen würde. Natürlich ist das nicht geschehen.

Für die Wirtschaft war es vielmehr business as usual. Tatsächlich haben manche Unternehmen, die unter der Apartheid blühten, ihre Anlagen in andere Weltgegenden verschoben. Während manche dies als Fortschritt gefeiert haben, bedeutet es in Wirklichkeit eine Kapitalflucht. Die Wirtschaftskapitäne sind zu dieser Frage bemerkenswert stumm geblieben. Wenn sie sich geäußert haben, dann haben sie über ihre Rolle bei der Ermächtigung der Schwarzen und bei der Aids-Bekämpfung gesprochen. Doch nach zehn Jahren Demokratie verlangen schwarze Geschäftsleute, dass die Regierung Gesetze erlässt, um die Ermächtigung der Schwarzen voranzubringen, da dies bislang nicht oder nur wenig geschehen ist. Während die Anstrengungen der Wirtschaft bei der Aids-Bekämpfung lobenswert sind, kann sie das nicht von der Verantwortung bezüglich der Entschädigungen entbinden. Im Mittelpunkt der Debatte steht die Frage, ob die Wirtschaft bereit ist, zu anerkennen, dass Jahrzehnte der Profitmaximierung auf systematischen Menschenrechtsverletzungen gegenüber der grossen Mehrheit der Südafrikanerinnen und Südafrikaner beruhten. 1895, als erstmals Einwanderungsgesetze durch die Vereinigung der Minenbesitzer entworfen wurden, erklärte deren Vorsitzender, es sei «ein vorzügliches Gesetz, das uns die vollkommene Kontrolle über die Kaffer erlauben sollte». 1944 trat die Vereinigung der Minenbesitzer gegenüber der Kommission für die Löhne der Eingeborenen offen für «unterstützende Mittel zur Existenzhaltung» ein, welche die Migration in die Homelands garantierten. Damit wurden die Kosten für die Arbeitskräfte und deren Reproduktion subventioniert. Tatsächlich bildeten der Eifer und der Enthusiasmus, mit denen die Bergbauunternehmen

die Gesetze zur Bevölkerungskontrolle unterstützten, die Grundlage für die Passgesetze des Apartheid-Regimes.

Haben wir die brutale Unterdrückung der Arbeiter in den 1970er Jahren schon vergessen? Ebenso wenig sollte vergessen werden, wie die Minenunternehmen und die staatlichen Sicherheitskräfte zusammenarbeiteten, um die Produktion unter dem Vorwand von Recht und Ordnung aufrecht zu erhalten. 1979 feierte die Wirtschaft nach der Carlton-Konferenz die «neue Ära der Entspannung zwischen Wirtschaft und Staat».

Unsere Geschichte verdeutlicht, dass Apartheid der Wirtschaft nicht nur passte, sondern dass sie ein wichtiges Element war, um billige Arbeitskräfte für hohe Gewinne bereit zu stellen. Sehr selten wird bedacht, wie die Zerstörung des sozialen Zusammenhalts schwarzer Familien zur Destabilisierung der heutigen Gesellschaft beigetragen hat.

Leider hat sich die Wirtschaft bisher geweigert, ihre Rolle während der Apartheid und deren Erbe anzuerkennen. Wir müssen uns der Frage stellen, ob eine Gesellschaft von ihrer Wirtschaft erwarten kann, verantwortlich und so zu handeln, dass Rechte nicht verletzt werden. Stephen Mulholland hat in einem Radioprogramm die Ansicht geäußert, Geschäftsleute seien nun mal keine Engel und nur den Aktionären gegenüber verantwortlich, die von ihnen Profite verlangten. Es wäre unrealistisch, von Aktionären – die vermutlich ehrenwerte Männer und Frauen, Mütter, Väter, Ehefrauen, Ehemänner und Eltern sind – zu erwarten, dass sie so handeln, um eine Welt zu schaffen, in der die Würde der Menschen und der Menschlichkeit respektiert wird.

Die Geschichte ist voller Beispiele, wie die Wirtschaft mit korrupten und despotischen Regimes zusammengearbeitet und die Bürgerinnen und Bürger unterdrückt hat. Erinnert sei nur an Ken Saro-Wira, das Volk der Ogoni und den Erdölmulti Shell. Wir wissen, dass manche Unternehmen und Multis mehr Gewinn erzielen als das Bruttosozialprodukt vieler Länder beträgt, und dass dies schwache Regierungen korrumpierbar macht. Doch zunehmend sind die Zivilgesellschaft und Menschenrechts-Organisationen nicht mehr bereit, Unternehmen zu tolerieren, die auf Kosten der Rechte einfacher Menschen profitieren.

Die TRC hat sich nicht nur mit der Rechenschaftspflicht von staatlichen Akteuren oder der Befreiungsbewegungen beschäftigt, sondern auch mit der Rolle derjenigen, die sich mit der Apartheid einverstanden erklärten, dem Regime halfen und es unterstützten. Gegenwärtig feiern wir den Entscheid des US-Bundesgerichts im Falle Sosa, der das Recht für jeden, dessen Rechte verletzt worden sind, bestätigt, seinen Fall unter dem Alien Tort Claims Act vor ein US-Gericht zu bringen, die Anerkennung des Unrechts zu verlangen und seine Rechte einzuklagen. Es ist ein universaler Grundsatz der internationalen Rechtsprechung geworden, dass Nationen das Recht einfacher Bürgerinnen und Bürger anerkennen, Menschenrechtsverletzungen einzuklagen. Wir müssen die Frage stellen, warum die Opfer sich schuldig fühlen sollen, weil sie ihren Fall vor ein US-Gericht bringen. Warum sollen sie die Schuldigen sein? Warum stellt sich die Gesellschaft nicht die Frage, was sie getan hat, die Wirtschaft zur Rechenschaft zu ziehen? Warum haben wir sie nicht längst zur Rechenschaft gezogen? Warum müssen wir sie einklagen, um sie an den Verhandlungstisch zu bringen? Warum sind sie nicht freiwillig hier? Der dieses Jahr veröffentlichte UNDP-Bericht ist erhellend, weil er zeigt, dass die Unternehmen entgegen ihren Verlautbarungen mehr Gewinn gemacht als Geld ausgegeben haben. Und wenn sie es ausgaben, dann investierten sie zumeist in totes Kapital und nicht in Menschen.

Warum reiten wir immer noch auf dieser Frage herum und scheinen uns dem normalen Geschäftsgang in Südafrika verweigern zu wollen? Meines Erachtens geht es letztlich um unsere Ethik, die Ethik, Rechenschaft nicht nur von Staaten sondern auch von privaten Akteuren zu verlangen.

Die Angestellte, die den Enron-Skandal auffliegen liess, nahm kürzlich an einem Radioprogramm teil und wies dabei auf die Verwicklung von Enron in den Afghanistan-Konflikt hin, und zwar wegen des unersättlichen Durstes der USA nach Erdöl. Der britische Journalist Robert Fisk zeigt auf, wie Irak sich gegenüber US-amerikanischen Firmen wegen des Wiederaufbaus verschuldet hat. In der Demokratischen Republik Kongo wird gekämpft und gestorben, und die UNO hat wiederholt über 200 Unternehmen genannt, die darin verwickelt sind. Leider gehören auch viele südafrikanische Unternehmen dazu. Anglo und De Beers haben dagegen protestiert, dass die UNO sie auf entsprechende Listen gesetzt hat. Der von Südafrika initiierte Kimberley-Prozess begann

wegen der schrecklichen Konflikte in Sierra Leone und Liberia und wegen der Rolle, die Diamantenfirmen dabei spielten. Die Globalisierung hat die Bedeutung der transnationalen Konzerne erhöht. Sie kontrollieren Wirtschaft und Politik.

Es gibt keinerlei Zweifel, dass in Südafrika die Bergbauunternehmen und öffentliche Unternehmen vom Apartheid-System, dessen Gesetzen und Unterdrückungs-Strukturen, profitierten. Gottfried Wellmer hat eine Studie über die Darlehen an Südafrika während der Apartheid veröffentlicht - ein grosser Teil ging an die Eskom. Gegenwärtig erleiden wir Stromausfälle insbesondere in den von Schwarzen bewohnten Gebieten. Aber während der Apartheid borgte sich die Regierung Geld, um die Stromversorgung in den von Weissen bewohnten Gebieten zu garantieren.

Im letzten Jahr sah sich die südafrikanische Wirtschaft mit dem Augenblick der Wahrheit konfrontiert; sie hätte eingestehen müssen, dass sie eine entscheidende Rolle bei der Stützung der Apartheid gespielt und auch mit den Sicherheitskräften zusammengearbeitet hatte, um den Widerstand gegen die Apartheid zu unterdrücken. Ihre Profite erzielte sie zu einer Zeit, als der Staat Südafrika geächtet war und die Apartheid zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit erklärt wurde.

Die Wirtschaft sollte das grosse Wohlwollen nicht unterschätzen, das eine solche Erklärung unter vielen Südafrikanerinnen und Südafrikanern hervorrufen würde. Bisher haben diese eine unglaubliche Grosszügigkeit gegenüber denjenigen bewiesen, die bereit gewesen sind, ihre Fehler einzugestehen und sich an der Erneuerung und am Wiederaufbau unserer Gesellschaft zu beteiligen. Wenn diejenigen, die direkt für Verbrechen verantwortlich waren, diese eingestehen konnten, ist es dann nicht Zeit für die Politiker der alten Ordnung und die Wirtschaftskapitäne zu sagen: «Wir haben es getan, und es tut uns Leid»? Statt dessen haben sie Druck auf die Regierung ausgeübt, sich in den politischen Kampf einzumischen, und unser früherer Justizminister hat den unerhörten Schritt unternommen, in einem Amicus-Curiae-Brief gegen die Apartheid-Klagen Stellung zu beziehen und den Richter aufzufordern, die Klagen abzulehnen.

Wir stehen an einem gefährlichen Punkt unserer Geschichte. 60 Prozent der Menschen sind arbeitslos oder haben nur wenig Arbeit, je nachdem, wie man rechnet. Aber es gibt

auch Menschen, die einen bislang beispiellosen Reichtum besitzen. Wie versöhnen wir diesen Gegensatz, und wie erreichen wir eine langfristige Versöhnung?

Priscilla Hayner, die viel über Wahrheitskommissionen geschrieben hat, glaubt, dass wir uns drei Fragen stellen müssen:

Wie wird in der Öffentlichkeit mit der Vergangenheit umgegangen?

Wie sprechen die Leute über die Vergangenheit, ist immer noch Bitterkeit vorhanden, und macht es den Leuten nichts aus, darüber zu diskutieren?

Wie ist die Beziehung zwischen früheren Gegnern? Grundet die Beziehung auf der Zukunft oder der Vergangenheit?[Ist die Beziehung vorwärts- oder rückwärtsgerichtet?]

Gibt es eine oder mehrere Versionen der Vergangenheit?

Die Antworten auf diese Fragen hängen offensichtlich von verschiedenen Faktoren ab, nicht zuletzt von den eigenen Erfahrungen mit der Zeit nach der Wende. Offensichtlich bestimmt auch die eigene materielle Lage, wie man die Gegenwart und die Vergangenheit einschätzt. Im Allgemeinen wollen die Weissen und diejenigen, die von der Wende profitiert haben, die Vergangenheit vergessen. Sie meinen, dass das Leben weitergehen sollte. Für Opfer ist es hingegen schwierig, die Vergangenheit zu vergessen und einfach weiterzumachen; ihre Zukunft, ja, überhaupt die Möglichkeit einer Zukunft ist stark durch die Vergangenheit bestimmt.

Was können wir daraus lernen? Was braucht unsere Gesellschaft? Sie braucht Ehrlichkeit, sie muss die Bedürfnisse und Gefühle der Opfer berücksichtigen, ihre Würde und Ehre wieder herstellen und anerkennen. Sie braucht die Veränderung der Bedingungen, unter denen die Opfer leben, die Angleichung der Sozialhilfe. Die Veränderung muss materiell sein; Armut und Ungleichheit verunmöglichen jede Würde. Das muss sich ändern.

Zusammenfassend sind die folgenden Punkte für eine wirkliche Versöhnung nötig:

- Die Gewalt oder die Androhung von Gewalt müssen enden.
- Der Staat muss die Verbrechen gegenüber den Opfern anerkennen.

- Die Opfer müssen entschädigt werden.
- Zwischen Opfern und Tätern müssen konstruktive Beziehungen aufgebaut werden.
- Man muss sich mit strukturellen Ungleichheiten und materiellen Bedürfnissen beschäftigen.
- Die Zeit kann helfen, Wunden zu heilen.
- Der Schwerpunkt muss bei der Gerechtigkeit für die Opfer liegen.

Mahmood Mamdani, ein ugandischer Wissenschaftler, hat mehrfach erklärt, dass die südafrikanische TRC mangelhaft gewesen sei: Indem sie sich auf die Täter konzentrierte, hätten sich die Profiteure der Apartheid jeder Konsequenz und Verantwortung entziehen können. Er meint, «dass die Konzentration auf die Täter die Forderung nach strafrechtlichen Mitteln verstärkt. Eine Konzentration auf die Profiteure verschiebt hingegen den Schwerpunkt auf eine Vorstellung von Gerechtigkeit als sozialer Gerechtigkeit für die Opfer.»

In diesem Zusammenhang müssen wir Entschädigungen als Mittel zur sozialen Gerechtigkeit sehen. Opfer in Südafrika haben nie erwartet, dass ihnen der Staat grosse Geldsummen auszahlt. Sie haben die Notlage der neuen Regierung verstanden. Doch langsam, mit der Zeit, ist dieses Verständnis durch die Korruption und die Gleichgültigkeit der Besitzenden unterhöhlt worden. Geld kann die Toten nicht wieder lebendig machen. Aber es kann das Leben der Opfer erleichtern. Gestern wurden in allen Nachrichtensendungen an zweiter Stelle die Bilder prominenter Opfer gebracht, die von Ed Fagan begleitet wurden. Mich hat die Ausbeutung von Opfern durch diesen Mann aufgebracht. Aber ich bin mir auch bewusst, wie stark wir die Opfer im Stich gelassen haben, damit sie so verzweifelt werden konnten. Wir haben denjenigen, die fälschlicherweise der Vergewaltigung von Baby Tsepang beschuldigt und eingesperrt wurden, 80 Millionen Rand Entschädigung bezahlt. Wir haben denen, die während des Befreiungskampfes Angehörige verloren haben und gefoltert wurden, 30'000 Rand bezahlt. Wo bleibt da die Gerechtigkeit?

(Übersetzung Stefan Howald)

17'400 Anschläge